

Kein Vetorecht für Moskau

VON JOSEF JOFFE

In einer Demokratie ist es legitim, wenn die Opposition alle parlamentarischen Mittel aufbietet, um die Regierung in die Enge zu treiben, auch auf dem Felde der Außenpolitik. Die Zeiten sind vorbei, wo König, Fürst und Potentat die Peitsche des „Primats der Außenpolitik“ schwingen konnten, um so die streitenden Parteien im Inneren mit der Losung „Einigkeit über alles“ zur Raison zu rufen. Wenn die demokratischen Spielregeln gelten sollen, dann können sie nicht an der Landesgrenze aufhören, dann muß im Duell der Parteien jede Streitfrage erlaubt sein.

Trotzdem sollte die „Staatsräson“ im Gefühmel nicht ganz untergehen, und deshalb stellt sich die Frage des verantwortlichen Handelns, wenn die SPD in diesen Tagen mit wachsender Verve gegen die 72 deutschen *Pershing 1A* ins Feld zieht. Da werden Sondersitzungen des Bundestages beantragt, obwohl die reguläre Session ohnehin eine Woche später auf dem Kalender steht. Da werden apokalyptische Visionen aufgebaut, wonach das Schicksal der Abrüstung allein von 72 Alt-Raketen abhängt, die präzise 0,0014 Prozent aller Atomwaffen in der Welt ausmachen. Und da wird gar Deutsch-Deutsches in die Debatte geworfen: Es sei dem Dialog nicht „förderlich“, wenn die *Pershing-Frage* nicht pünktlich zum Besuch Honeckers geklärt werde.

Tatsächlich wird ein Mittelstrecken-Abkommen in Genf an derartigen deutschen Sonderbedürfnissen weder scheitern noch genesen – es sei denn, die Sowjets bräuchten einen Vorwand, der tieferliegende Gründe kaschiert. Aus halbberufenem Munde war freilich zum Wochenbeginn aus Moskau zu hören: „Ich denke nicht, daß wir dazu entschlossen sind, die Genfer Verhandlungen scheitern zu lassen.“ Der Sprecher war Lew Somejko, leitender Mitarbeiter im USA-Kanada-Institut, das gegenüber dem Westen eine Art inoffizielle Außenamt-Rolle spielt. Es gilt also, nicht „russischer“ sein zu wollen als die Russen selbst. Und es gilt vor allem, die komplizierte Lage der Bundesrepublik mit der gebotenen Nüchternheit einzuschätzen: zwischen Ost und West einerseits, innerhalb des Bündnisses andererseits. Verhandelt wird in Genf nicht zwischen Deutschen und Sowjets, und schon gar nicht zwischen dem Kreml und dem Ollenhauer-Haus. Während die Sowjets sich die Optionen offenhalten und Bonn vorsorglich zum „Schuldigen vor der Geschichte“ (Somejko) aufbauen, haben die Amerikaner in den letzten Wochen eine bemerkenswerte Wende vollzogen.

Ursprünglich hatten sie die *Pershing 1A* eher als typisch deutsche Querele behandelt, zwar willens, Bonn ein gewisses Mitspracherecht einzuräumen, aber dennoch innerhalb der Grenzen, die ein Abkommen mit Moskau nicht gefährden würden. Dann aber, am 6. August, warf der sowjeti-

sche Außenminister Schewardnadse ein Prinzip in die Debatte, das die Amerikaner und zunehmend auch die anderen Verbündeten hellhörig werden ließ. Zwischen den bekannten Verdächtigungen, wonach die Bundesrepublik insgeheim nach eigenen Atomwaffen giere oder sie schon „illegal angeschafft“ habe, fand sich die Frage, „ob die Praxis des gemeinsamen Besitzes von Kernwaffen“ durch Atomwaffen-Staaten und den Nichtatomaren „mit dem (Nichtverbreitungs)Vertrag zu vereinbaren ist“.

In der Übersetzung kennzeichnete diese Frage die Speerspitze einer Attacke, die weit über die deutschen *Pershing* (mit ihren amerikanischen Sprengköpfen) hinausgeht und das gesamte Bündnis tangiert. Schewardnadses Einlassung zielt in der Konsequenz auf das gesamte Netz der atomaren Teilhabe innerhalb der NATO, wo neben den Deutschen nukleare Habenichtse wie die Italiener, Holländer, Belgier und Türken in der Art der *Pershing* verfahren: mit den Abschußvorrichtungen im nationalen und den Sprengköpfen im amerikanischen Besitz. Es handelt sich dabei um Kurzstreckenraketen, Artillerie und Abwurfbomben. Wird das Schewardnadse-Prinzip in Paragraphen gegossen, dann erhielten die Sowjets zusammen mit den vergleichsweise nebensächlichen *Pershing 1A*, was sie seit Anbeginn der NATO mit Druck und Diplomatie zu erringen versuchten: ein Veto- und Mitspracherecht über westliche Verteidigungsinstitutionen.

Dies kann nicht im Interesse des Bündnisses sein, zumal da die gemeinsame Verfügungsgewalt nach dem „Zweischlüssel-System“ (geschossen wird nur mit Erlaubnis des Teilhabers) den Europäern ein wichtiges Maß der Mitsprache bei der amerikanischen Nuklear-Strategie in Europa verschafft hat. Die Amerikaner haben den verdeckten Angriff der Sowjets erkannt – und ihn pariert, indem sie jetzt kategorisch erklären, daß die *Pershing 1A* nicht zur Verhandlungsmasse in Genf gehören. Überdies enthält der jüngste Shultz-Brief an seinen Amtsbruder Genscher eine deutliche Prioritäten-Schichtung: Müßte Washington zwischen einem Abkommen und der Allianz wählen, würde es sich für das Bündnis entscheiden.

Damit bleiben natürlich andere Kernfragen unerledigt: Ist Washington, ist Bonn wirklich bereit, die Raketen nach 1991 zu modernisieren – oder sind sich alle, inklusive der Russen, schon einig, das leidige Problem auf dem Wege der natürlichen Verschrottung (wegen Altersschwäche) zu bereinigen? Dann gäbe die *Pershing* auch keinen Hebel für die konventionelle Abrüstung mehr her. Entscheidend jedenfalls ist, daß diese 72 Systeme nicht auf den Genfer Tisch gehören, daß über die Zukunft dieser Raketen nicht die Sowjetunion, sondern das Bündnis bestimmt.